

STADTBAHN

Jetzt geht es um die Grundstücke

Die großen Hürden für die Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg scheinen aus dem Weg geräumt zu sein. Die Freien Wähler in Markgröningen bringen nun entlang der Trasse Veränderungssperren und Vorkaufssatzungen ins Spiel – juristisch betrachtet ist das allerdings heikel.

MARKGRÖNINGEN
VON PHILIPP SCHNEIDER

Optimismus macht sich bei den Anrainern zwischen Markgröningen, Möglingen, Ludwigsburg und Pattonville breit, seit sich auch die Kreisstadt zu dem Vorhaben bekennt. „Die Stadtbahn ist aufs Gleis gesetzt“, sagte der Landrat Dietmar Allgaier zuletzt im Interview mit unserer Zeitung. „Wir müssen sie jetzt nur noch zum Fahren bringen.“

Um sicherzustellen, dass die Stadtbahn auch die benötigten Flächen bekommt, haben die Freien Wähler in Markgröningen eine neue Idee in die Debatte eingebracht. Sie fordern, dass die Stadt in den Grundstücks-handel eingreift und eine Veränderungssperre und eine Vorkaufssatzung beschließen lässt. Der Geltungsbereich: 100 Meter links und rechts entlang der künftigen Trasse, die in Markgröningen über den Bahnhof hinaus in die Innenstadt bis zum Festplatz sowie über das Bildungszentrum am Benzberg mit Hans-Grüninger-Gymnasium und Realschule in Richtung Schwieberdingen führen soll.

Die Konsequenz wäre, dass eigentlich genehmigungsfähige Bepflanzungen hinter der Stadtbahn und ihrer benötigten Infrastruktur zurückstehen müssten – erst einmal für die kommenden vier Jahre, bis der Planfeststellungsbeschluss für das millionenschwere Nahverkehrsprojekt ergangen ist. Der Fraktionschef der Markgröninger Freien Wähler, Matthias Reutter, sagt: „Hinter dem Vorschlag steht die Frage: Was könnte die Bahn jetzt noch aufhalten?“ Neue Bauwerke sollen das nach dem Willen der größten Fraktion im Markgröninger Gemeinderat nicht mehr sein – etwa wenn durch eine Nachverdichtung eine künftige Tiefgaragenausfahrt so geplant werden würde, dass Konflikte mit Stadtbahnhaltestellen oder Ähnlichem entstehen.

Im Markgröninger Rathaus kam die Initiative der Freien Wähler gut an, heißt es, zumindest auf den ersten und auch noch auf den zweiten Blick. „Doch je tiefer wir eingestiegen sind, desto schwieriger wurde die Umsetzung“, sagte Christian Bauer, der Sachgebietsleiter für Baurecht in der Verwaltung, Ende vergangener Woche im Ausschuss für Umwelt und Technik. Die

Bedenken der von der Stadt eingeschalteten Juristen wurden schließlich so groß, dass die Kommune von Veränderungssperren und Vorkaufssatzungen an der Stadtbahn abriet. Der Bürgermeister Jens Hübner im Ausschuss: „Sie lassen sich nicht rechtssicher umsetzen.“

Juristisch betrachtet könnten Veränderungssperren im vorliegenden Fall über das Baugesetzbuch und das Personenbeförderungsgesetz eingeleitet werden. Allerdings erwarten die Rechtsgelehrten Probleme bei der zügigen Planaufstellung, wenn Markgröningen jetzt noch in ein aufwendiges Bebauungsplanverfahren einsteigen müsste. Der Experte Bauer ergänzt: „Die Konstellation, als Vorgriff mit einem Bebauungsplan Regelungen vorab und ohne die spezifischen Errichtungsmöglichkeiten von baulichen Anlagen zu treffen, ist weder dem Zweckverband noch dem Regierungspräsidium geläufig.“

Und nicht nur denen nicht. Offenbar gibt es hierfür auch noch keine einschlägige Rechtsprechung. „Wir würden juristisches Neuland betreten“, sagt Bauer. Er hält das Thema eher für eine rechtswissenschaftliche Doktorarbeit geeignet – aber nicht für hilfreich, die Stadtbahn schnell aufs Gleis zu setzen.

Auch eine Vorkaufssatzung finden Fachleute anscheinend nicht zielführend. Diese wäre möglich, wenn es sich bei der Stadtbahn um eine „städtebauliche Maßnahme“ handeln würde. Davon geht in der Juristerei allerdings nur eine Mindermeinung aus. Klassische Beispiele für den Einsatz von Vorkaufssatzungen wären zum Beispiel kommunale Sanierungsgebiete. Außerdem melden die Rechtsexperten Befürchtungen an, die das Grundgesetz betreffen. Sie gehen davon aus, dass eine Vorkaufssatzung gravierende Auswirkungen auf das Eigentumsrecht haben könnte.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik in Markgröningen lehnt die beiden ange-dachten Instrumente, um der Stadtbahn den benötigten Platz zu verschaffen, deshalb ab. „Die Stadt hat den Sachverhalt sauber dargestellt“, sagte zum Beispiel der CDU-Fraktionschef Erich Hutflus. Einen womöglich jahrelangen Rechtsstreit vor einem Verwaltungsgericht will in Markgröningen niemand riskieren.



Alte Bahnlinie in Markgröningen: Ende 2028 könnten hier wieder Züge nach Möglingen und Ludwigsburg fahren.
Archivfoto: Alfred Drossel

► In diesen drei Schritten geht es zur Stadtbahn

In Stufen soll die Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg umgesetzt werden – unter den Beamten im Landratsamt firmiert das Konzept als sogenannter Mitfall 1.

■ Zuerst an der Reihe ist die Reaktivierung der stillgelegten Bahnlinie vom Markgröninger Bahnhof über Möglingen zum Ludwigsburger Bahnhof als Vorlaufbetrieb mit Zügen. Der Start ist für Ende 2028 geplant. Später sollen auf der Strecke dann Stadtbahnen verkehren.

■ Die Verlängerung von Ludwigsburg nach Pattonville soll bis 2032 über die Bühne gehen. In Pattonville erfolgt der Umstieg auf die gelben Stadtbahnen der

Stuttgarter Straßenbahnen AG. Die SSB baut dafür den Ast der Linie U 12 aus, der derzeit in Remseck-Aldingen endet.

Dazu ist die Verlängerung der Stadtbahn über den Markgröninger Bahnhof in die Innenstadt zum dortigen Festplatz sowie zum Forschungs- und Entwicklungszentrum des Autozulieferers Bosch in Schwieberdingen vorgesehen.

■ Als Modul 3 firmiert die Route durch Ludwigsburg über die Hindenburgstraße und Oststraße in den Süden des Stadtteils Oßweil, die nach 2032 aufs Gleis gesetzt werden könnte. Ob die Stadtbahn dann auch noch über die Myliusstraße und Wilhelmstraße ins Schloßlesfeld fährt, muss noch entschieden werden. (phs)

Moment mal

Vorbei ist es mit den wahrlich schönen Aussichten

VON INGE HARTMANN

Ich geb's zu. Ich bin sauer! Nicht nur ein bisschen, nein richtig stinkig. Und zwar auf die Deutsche Bahn! Das ist für Sie nichts Neues? Sei's drum. Dass die Züge manchmal unpünktlich sind – geschenkt! Dass die eine oder andere Bahn komplett ausfällt – nicht der Rede wert! Aber, was die Bahn jetzt gemacht hat, das grenzt an seelischer Grausamkeit. Man stelle sich vor: Ihnen würde jemand mit dem Lolli vor der Nase rumfuchteln und im letzten Moment verschwindet das Leckerli in der Schublade. Genau so fühle ich mich gerade. Ich muss sagen: Bis vergangenen Donnerstag habe ich das ehemalige Staatsunternehmen dafür geliebt, dass die Stammstrecke zwischen Schwabstraße und Hauptbahnhof modernisiert wird und deshalb für die Züge gesperrt ist. Der Vorteil lag auf der Hand: Die S 15 ist von Stuttgart-Vaihingen nach Ludwigsburg gefahren – ohne größere Turbulenzen, Verspätungen oder gar Umstiege. Und jetzt das! Seit dem späten Mittwochabend steht fest, dass die Räder an Zügen der Baureihe 430 eine erhöhte Abnutzung aufweisen – wieder einmal. Schon im vergangenen Jahr war das der Fall, dann wollte die Bahn Schmiermittel einsetzen, damit es flutscht. Betroffen davon ist auch die Gäubahnstrecke zwischen Stuttgart-Norden und dem Stuttgarter Norden. Aber was heißt hier Gäubahnstrecke? Panoramastrecke klingt viel besser! Der Ausblick ist fantastisch. Der Blick auf den Stuttgarter Kessel herausragend!

Stattdessen heißt es jetzt erneut: graue Tristesse im (U-Bahn-)Tunnel. Ich hoffe, die Bahn kriegt das Räderproblem schnell auf die Reihe! Das wären wahrlich schöne Aussichten – nicht nur auf der Panoramastrecke!



INGE HARTMANN
inge.hartmann@lkz.de

KONTAKT

Kreisredaktion
E-Mail: kreisredaktion@lkz.de
Telefon: (07141) 130-243

Baubeginn an neuralgischer Stelle wohl frühestens 2025

Umsetzung der B10-Ortsumfahrung in Enzweihingen verzögert sich weiter - Bilger spricht von ernüchternder Antwort des Regierungspräsidiums auf seine Nachfrage

VAIHINGEN

Seit Jahrzehnten in der Diskussion, im sogenannten vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans in der höchsten Kategorie verankert, durch die Bürgerbefragung der Enzweihinger im Jahr 2013 bestätigt und seit Mai vergangenen Jahres mit einem Planfeststellungsbeschluss versehen: Trotzdem geht es mit der Umsetzung der B10-Ortsumfahrung im Vaihinger Ortsteil Enzweihingen bestenfalls in Zeitlupe voran.

Klagen behindern das Projekt

Wie der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Ludwigsburg, Steffen Bilger (CDU), nun vom Regierungspräsidium Stuttgart (RP) auf



„Es muss noch viel bei der Beschleunigung von Bauprojekten passieren.“

Steffen Bilger
CDU-Abgeordneter

Nachfrage erfuhr, wird es weiter dauern. Auch wenn das Bauprojekt vom Bund bezahlt wird und es sich um eine Bundesstraße handelt, liegt die Planung in der Hand des Landes beziehungsweise des Regierungspräsidiums. Nach Auskunft der Behörde ist mit dem Baubeginn laut Bilger, der vor der Bundestagswahl noch Staatssekretär im Verkehrsministerium war, frühestens 2025 zu rechnen. „Das langwierige Verfahren bei der Ortsumfahrung

Enzweihingen bis zum Baustart zeigt, dass in Deutschland noch viel passieren muss bei der Beschleunigung von Planung und Infrastrukturbau“, so Bilger. Nach der jahrzehntelangen Vorgeschichte

startete 2017 das Planfeststellungsverfahren, das nach vier Jahren zum Abschluss kam. Nun verzögern Klagen den Baubeginn. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums hat die Behörde noch im November und Dezember 2021 zu allen Verfahren dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim gegenüber Stellung bezogen. Seitdem wartet das Regierungspräsidium auf eine Rückmeldung des Gerichts, heißt es in der Pressemitteilung. Das RP be-

klage laut Bilger, dass es aufgrund der „großen Auslastung der Gerichte“ erfahrungsgemäß schon bis zu einem Jahr dauern kann, bis überhaupt eine Rückmeldung eingeht.

Vorbereitungen laufen weiter

Unabhängig von den anhängigen Verfahren werde die Ausführung des XXL-Projekts offenbar weiter vorbereitet, um nach Bestandskraft der Planfeststellung möglichst zügig mit dem Bau und der Umsetzung der Ortsumfahrung zu beginnen. Nach der Auskunft des RP zählen hierzu die Beauftragung der Ausführungsplanung, die Prüfung der Umsetzung reversibler, vorgezogener Ausgleichsprojekte auf bereits erworbenen Flächen sowie die Fortführung der Grunderwerbsver-

handlungen mit den betroffenen Eigentümern.

Der Christdemokrat Bilger fordert das RP jetzt auf, „wirklich alles zu tun, was jetzt schon möglich ist, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren“. Die Bundesregie-

rung müsse auch zukünftig ausreichend Haushaltsmittel für Infrastruktur-Investitionen bereitstellen. „Dann bin ich zuversichtlich, dass diese fast unendliche Geschichte doch noch zu einem guten Abschluss kommt.“ (red)



Stark befahrene B10 bei Enzweihingen.

Foto: Ramona Theiss